



HESSISCHER LANDTAG

17. 11. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend Verurteilung rechtsextremistischer Morde und weiterer
Gewalttaten durch die Gruppe "Nationalsozialistischer Untergrund"**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist bestürzt und zutiefst betroffen von der augenscheinlich durch die rechtsextremistische Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" begangenen menschenverachtenden Morde und Gewalttaten und verurteilt diese auf das Schärfste. Diese Anschläge sind eine Schande für unser Land und belegen eine neue Dimension rechtsextremistischer Bedrohung. Der Landtag gedenkt der heimtückisch Ermordeten und drückt den Hinterbliebenen sein tiefempfundenes Mitgefühl aus.
2. Der Landtag ist entsetzt über die zutage getretenen fremdenfeindlichen Hintergründe der Morde an acht türkisch-stämmigen und einem griechisch-stämmigen Mitbürger. Die Motive der Morde offenbaren ein zutiefst rassistisches Menschenbild. Er ist gleichermaßen entsetzt über den Mord an der Heilbronner Polizistin, der die Gegnerschaft der Gruppe zum Rechtsstaat zusätzlich offenbart.
3. Der Landtag betrachtet eine freie und offene Gesellschaft, in der niemand um sein Leben fürchten muss, als ein überragendes Gut, welches es mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu schützen gilt. Der Landtag wird alles in seiner Macht Stehende unternehmen, weiterhin eine sichere und offene Gesellschaft zu fördern und zu bewahren, und sich verstärkt gegen Fremdenfeindlichkeit und jede andere Form von Extremismus einsetzen.
4. Der Landtag fordert eine rasche, vollständige und rückhaltlose Aufklärung der durch die Gruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" begangenen Straftaten und aller sie begleitenden Umstände. Die Parlamentarische Kontrollkommission für den Verfassungsschutz sowie der Innenausschuss werden mit der parlamentarischen Aufarbeitung der Vorgänge betraut. Die Rolle der Polizei, der Justiz und der Verfassungsschutzbehörden sowie die Wirksamkeit der parlamentarischen Kontrolle sind dabei von besonderer Bedeutung.

Wiesbaden, 17. November 2011

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Al-Wazir